

# Antragsheft 1

## Inhaltsverzeichnis

### A - Allgemeine Anträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A1	Stationierung von Mittelstreckenwaffen verhindern LAG Frieden und internationale Politik	10
A2	Solidarität mit der Bevölkerung im Iran - für Demokratie und Selbstbestimmung gegen Mullahs und Schah LAG Frieden und internationale Politik	12
A3	Freier sind keine Genossen! - Für ein Sexkaufverbot für Mitglieder nach spanischem Vorbild Michael Ulbig (linksjugend ['solid'] · Nr. D-45196), und weitere	13
A4	Freie Open-Source-Software in öffentlicher Verwaltung LAG Netzpolitik	15
A5	Ablehnung von Pflichtdiensten Simon Zeitler (linksjugend ['solid'] · Nr. D-45199)	18

## L - Leitantrag und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Bezeichner Titel · Antragsteller\*in · Empfehlung

Seite

---

L1 Hoffnung organisieren!  
Landesvorstand

5

## S - Satzungsändernde Anträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
S1	§ 18 Abs. 6 Landessatzung Alexander Bayas (linksjugend ['solid] · Nr. D-45183), und weitere	21

## O - Anträge zu den Ordnungen des Landesverbands

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
O1	§ 3 Mandatsträger*innenbeiträge Max Raimond Tetzner (KV Bayreuth · Nr. E-08030)	18

# Antrag L1: Hoffnung organisieren!

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

## 1 Hoffnung organisieren!

Wir erleben in den letzten Jahren eine enorme Ausweitung des Faschismus innerhalb unserer Gesellschaft mit globalem Ausmaß. Faschismus arbeitet mit Ängsten und dem Gefühl des Kontrollverlustes. Dabei wirkt er übermächtig und unbesiegbare. Genährt wird er von politischen Entscheidungen und gezielt hetzendem Sprachgebrauch durch regierende Parteien, Medienschaffende und Journalist\*innen. Überreiche und Lobbyverbände nutzen ihre Macht, um von dieser Entwicklung in besonderem Maße zu profitieren. Faschismus schützt Kapital und Eigentum und bedeutet die Entrechtung der Bevölkerung durch autoritäre Herrschaftsformen und Repression. Dabei werden komplexe Themen wie Klimaschutz auf simple Erklärungen reduziert. Die Schuld wird dabei immer bereits marginalisierten Gruppen zugewiesen. So können sie als Sündenböcke für verschlechterte Lebensbedingungen und politische Versäumnisse verantwortlich gemacht werden. Um von einer fehlgeleiteten Wirtschaftspolitik, die den Klimaschutz ignoriert, abzulenken, werden konstant Angriffe auf hart erkämpfte Arbeitsschutzgesetze gefahren. Dieses Ablenkungsmanöver zur Verschleierung sinkender Reallöhne lassen wir uns nicht gefallen. Anstatt große Themen wie marode Infrastruktur (Bildungswesen, Verkehr) und der Besteuerung von Vermögen anzugehen, werden Nebenschauplätze eröffnet, die eine Entsolidarisierung und den Unmut innerhalb der Bevölkerung untereinander vorantreibt, nicht aber gegenüber den Profiteur\*innen dieser Politik. Die Bevölkerung wird vor extreme Belastungen gestellt, als sei es naturgegeben. Unbezahlbare Mieten bei gleichzeitig sinkenden Reallöhnen und dem sozialschädlichen Rückbau des Sozialstaates werden als unvermeidbar dargestellt. Die Leidtragenden dieser Gesellschaft sind häufig mehrfach diskriminiert. Es sind Menschen mit einer Fluchtgeschichte, von Armut Betroffene, in Obdachlosigkeit lebende, Alleinerziehende und queere Menschen, die zuerst zur Zielscheibe werden, abhängig von weiteren klassistischen Faktoren wie finanziellem Umfeld.

Unsere Aufgabe als sozialistische Partei ist es, dieser Entwicklung eine klare soziale, solidarische und antifaschistische Neuausrichtung entgegenzusetzen. Faschismus ist nicht unausweichlich, sondern kann bekämpft werden:

- Durch eine gemeinwohlorientierte Politik für die Bevölkerung, in der Menschen würdevoll leben können
- Durch eine klare solidarische Grundhaltung, in der Hass und Hetze keinen Platz haben
- Durch Einbindung und Vernetzung mit außerparlamentarischen Gruppierungen, die die gleichen Ziele verfolgen
- Durch die gezielte Aktivierung unserer Nachbar\*innenschaft, sich am politischen Prozess zu beteiligen und Politikverdrossenheit eine Absage zu erteilen

Kurz gesagt: Wir organisieren die Hoffnung! Den ersten Schritt in diese Richtung sind wir mit unseren zahlreichen Kandidaturen für die Kommunalwahl bereits gegangen. In vielen Stadträten und Kreistagen in ganz Bayern sitzen nun zum ersten Mal

41 Mandatsträger\*innen unserer Partei. Mit Einzug in diese Gremien gewinnen wir an  
42 Einfluss auf die Entwicklung der Landkreise, Gemeinden und Städte und können uns  
43 politischen Fehlentscheidungen wirksam entgegenstellen. Aus linken Ideen können  
44 konkret Lösungen vor Ort erarbeitet und umgesetzt werden. Wir sind mit dem  
45 Versprechen in den Kommunalwahlkampf gestartet, den Sozialstaat auszubauen. Wir  
46 wollen uns vor Ort für Abrüstung und für eine Umverteilung von großen Vermögen  
47 einsetzen. Wir kämpfen für bezahlbaren Wohnraum. Mit uns wird es Fortschritt und eine  
48 lebenswerte Zukunft geben, die alle Lebensrealitäten mitdenkt. Lohnarbeit soll für  
49 Menschen ein Leben fernab von Leistungsdruck und Ausbeutung bedeuten. Der Wert  
50 eines  
51 Menschen bemisst sich an deren Sein und nicht an dessen Arbeitsfähigkeit. Wir sehen  
52 den Einzug in mehr Gremien deshalb als große Chance an. Gleichzeitig zeigt sich unser  
53 Erfolg als Partei auch an den Strukturen, die wir in den Kreisverbänden aufbauen. Wir  
54 verstehen uns als sozialistische Partei, die an der Seite der arbeitenden Klasse  
55 steht. Wir treten als eine Stimme für marginalisierte Menschen auf. Wir machen  
56 Politik für die Bevölkerung und nicht für Unternehmen. Um uns als sozialistische  
57 Partei der arbeitenden Klasse weiterzuentwickeln und für alle Menschen zur ersten  
58 sozialpolitischen Ansprechstelle werden zu können, werden wir unseren Fokus in den  
nächsten Jahren auf die Themen Mieten und Löhne setzen:

## 59 **Mieten runter!**

60 In Bayern sind die Mieten zu hoch. Das betrifft nicht mehr nur Ballungsräume, sondern  
61 zunehmend auch den ländlichen Raum. Dies sind hausgemachte Probleme, da in vielen  
62 Kommunen seit Jahren „Bauen, Bauen, Bauen!“ als alleinige Antwort auf  
63 Wohnraumknappheit angesehen wird. Zu häufig wurden dabei privaten Investor\*innen  
64 freie Hand gelassen, so dass zwar gebaut, aber nicht auf Bezahlbarkeit geachtet  
65 wurde. Leerstände wurden hingenommen, sozialer Wohnungsbau vernachlässigt,  
66 kommunale  
Wohnungen veräußert und Verdrängung durch Umwandlung in Ferienwohnungen  
ignoriert.  
67 Mit unserer Kampagne „Mieten runter!“, die bundesweit das Thema in die Öffentlichkeit  
68 getragen hat und bei Menschen viel Zuspruch fand, wollen wir dem entgegenreten.  
69 Viele Genoss\*innen haben hier mitgeholfen. Mit unseren neuen Mandatsträger\*innen  
70 werden wir dafür sorgen, dass wir flächendeckend Zweckentfremdungssatzungen  
bekommen  
71 und für die Überprüfung Personal bereitgestellt wird. Eine Zweckentfremdungssatzung  
72 ohne Leerstandsmanagement ist wirkungslos und sollte auch die Möglichkeit zur  
73 Beschlagnahmung von Immobilien vorsehen. Wir werden  
Wohnbaugenossenschaftsprojekte  
74 mit unserer Arbeit unterstützen und den Wohnungsbau in kommunale Hände legen und  
75 nicht der Gewinnmaxime unterwerfen. Wohngeldstellen sollen Anträge zügig bearbeiten  
76 können, da den Menschen sonst der Verlust der Wohnung droht. Die Einrichtung von  
77 Mietprüfstellen, soll in Bayern nicht nur für Ballungsräume vorangetrieben werden.  
78 Bereits 7 bayerische Städte haben Zugang zur Mietwucher-App, weitere werden folgen.  
79 Mit unserem Heizkosten Checks helfen wir den Menschen unbürokratisch, ihr Geld  
80 zurückzubekommen. Wir helfen Mieter\*innen, sich zu organisieren und gegen Miethaie  
81 vorzugehen. Unser Anspruch ist es, Mieten zu einem wahlentscheidenden Thema zu  
machen  
82 und ab 2028 im Bayerischen Landtag für bezahlbaren und ausreichenden Wohnraum für  
83 alle zu streiten.

## 84 **Löhne rauf!**

85 Bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen sind Voraussetzung für eine  
86 funktionierende Solidargesellschaft und ein zentraler Bestandteil unserer Arbeit. Mit  
87 Einführung der Agenda 2010 nahm die Prekarisierung von Arbeit ihren Lauf. Hunderte  
88 Millionen unbezahlter Überstunden werden den Arbeitnehmer\*innen aufgebürdet. Der  
89 gleichzeitig stattfindende Rückbau des Sozialstaates wiederum, hohe  
90 Arbeitslosenquoten und schwindender Einfluss von Gewerkschaften macht es  
91 Arbeitnehmer\*innen außerdem zunehmend schwer, sich dagegen zu wehren.  
92 Betriebsratsgründungen werden systematisch sabotiert und den Aktivist\*innen mit  
93 Kündigung gedroht. Gemeinsame Mobilisierung und Vernetzung sind essenziell für den  
94 Erfolg. Unser Ziel ist es deshalb, Betriebsrät\*innen innerhalb der Partei zu  
95 vernetzen und einen Gewerkschaftsrat einzuberufen. Wir wollen gemeinsam mit ihnen  
96 Strategien finden. Damit stärken wir die gemeinsamen Bande mit Gewerkschaften und  
97 können deren außerparlamentarischen Forderungen mit unserer Arbeit in den Gremien  
98 bekräftigen. Gemeinsam mit unseren Genoss\*innen in ganz Deutschland kämpfen wir für  
99 echte Tariftreue in allen Bereichen. Wir stehen entschlossen gegen die Ausbeutung der  
100 arbeitenden Klasse ein. Die 4-Tage-Woche mit max. 30 Arbeitsstunden pro Woche bei  
101 vollem Lohnausgleich ist keine Utopie, sondern ein Arbeitsmodell, welches bereits  
102 erfolgreich umgesetzt wurde. Sie ermöglicht die leichtere Organisation des Alltags  
103 und bietet Lebensqualität durch mehr Zeit für Familie, Freunde und ehrenamtliches  
104 Engagement. Dies alles führt zu mehr Produktivität und weniger Krankenstand. Dies  
105 soll nicht nur für Leuchtturmprojekte möglich sein, sondern Grundlage eines neuen  
106 Arbeitszeitschutzgesetzes sein. In vielen Berufen ist aufgrund der Belastung bereits  
107 heute keine 5-Tage-Woche mehr möglich, bedeutet jedoch für Arbeitnehmende immer,  
108 einen Lohnverlust hinnehmen zu müssen. Wir tragen die Kämpfe der Arbeitnehmenden  
109 von  
109 den Straßen in die Betriebe. Wir lehnen die rückschrittlichen und menschenfeindlichen  
110 Angriffe der AfD und Union auf die arbeitende Klasse ab. Unser Ziel muss sein,  
111 zentral in Bündnissen wahr- und ernstgenommen zu werden, im Bemühen, eine  
112 gemeinsame,  
112 weltverändernde Perspektive zu erarbeiten. Wir bündeln die gesellschaftlichen Fäden  
113 und sind Teil beim Aufbau einer starken Bewegung.

## 114 **Strukturarbeit**

115 Wir erleben eine große Bereitschaft von immer mehr Menschen, politische Veränderungen  
116 herbeizuführen und mitzugestalten. Das bedeutet auch, dass in Bayern Die Linke als  
117 politische Kraft wahrgenommen wird, wir für echte Veränderung sorgen und wir damit  
118 eine breite Unterstützung in der Bevölkerung finden. Wir haben massiven Zuwachs  
119 erlebt und unsere Aufgabe ist es, die neuen Mitglieder zu aktivieren und dauerhaft in  
120 die Strukturen einzubinden. Aufgrund dieser vielen neuen Mitglieder ist es leichter  
121 möglich, Aufgaben auf viele Schultern zu verteilen und mehr Raum für eigentliche  
122 politische Arbeit freizusetzen. Wir optimieren die verwaltenden Aufgaben und können  
123 auf der Straße präsenter werden. Wir befürworten die Gründung von Bezirksverbänden  
124 als Schnittstelle zwischen Kreisverbänden und Landesvorstand und unterstützen im  
125 Prozess.

126 Bezirksverbände organisieren politische Bildung für Kreisverbände und bereiten  
127 Bezirkstagswahlen vor. Sie vernetzen Kreisverbände, um gemeinsame politische  
128 Projekte, die kreisverbandsübergreifend wirken, voranzubringen. Auf Bezirksebene soll  
129 dadurch der Austausch durch kommunalen Mandatsträger\*innen verbessert werden.  
130 Durch  
130 zwischengeschaltete Bezirksverbände sorgen wir insgesamt für eine bessere

131 Informationsverteilung zwischen Basis und Landesebene. Grundvoraussetzung für diese  
132 weitere Ebene innerhalb unserer Parteistruktur sind festgelegte Aufgaben und Rollen  
133 für Bezirksverbände.

134 Der Ausbau unserer politischen Bildungsangebote ist weiterhin wichtig. Dies ist eine  
135 Aufgabe der Bezirksverbände und soll zukünftig verstärkt auf dieser Ebene  
136 stattfinden. Wir wollen allen unseren Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich zu  
137 politischen und gesellschaftlich relevanten Themen weiterzubilden, um kritische  
138 Meinungsbildung zu fördern. Darüber hinaus ist es für die Arbeit in kommunalen  
139 Gremien bis hin zu parlamentarischer Arbeit essenziell, die Handlungsspielräume zu  
140 kennen, um politische Erfolge zu erzielen. Ein weiterer wichtiger Bildungsbaustein  
141 ist die Befähigung zur innerparteilichen Organisierung und der Bewältigung der  
142 administrativen Aufgaben. Neben der Vernetzung und schnelleren Ausgestaltung,  
143 verkürzen wir Fahrtwege und erleichtern somit den Zugang zu diesen  
144 zielgruppenspezifischen Angeboten.

145 Unsere Partei setzt auf Organizing, um unsere Struktur zu stärken. Zentral hier ist  
146 die Aktivierung und Einbindung unserer Mitglieder, um mit mehr Menschen unsere  
147 Nachbar\*innenschaft und Projekte organisieren zu können. Nur durch aktive Mitglieder  
148 können wir die Vernetzung erreichen, die wir benötigen, um eine gesellschaftliche  
149 Veränderung zu erreichen. In den letzten Jahren lag hier der Fokus vor allem auf den  
150 Aufbau in den Städten und Ballungsgebieten, dies soll vermehrt nun auch auf ländliche  
151 Gebiete ausgeweitet werden.

152 Unsere „Die Linke hilft“ Angebote finden zudem bereits an über 20 Orten in Bayern  
153 statt. Sie unterstützen dabei, Menschen vor Ort konkret zu helfen, sich gegen  
154 Ungerechtigkeit zu wehren und sich zu organisieren. Damit organisieren wir Hilfe zur  
155 Selbsthilfe auch in die Klasse hinein.

156 Als solidarische Partei machen wir gerade unseren neuen Mandatsträger\*innen ein  
157 Versprechen: Politische Arbeit muss nicht allein ausgefochten werden. Wir bestärken  
158 uns gegenseitig, fördern den Austausch. Wir kämpfen gemeinsam als Verbündete gegen  
159 ein marodes System.

## 160 **Parteikultur**

161 Was bedeutet eigentlich Kultur? Unter Kultur fassen wir unsere zwischenmenschlichen  
162 Interaktionen, also unseren Umgang untereinander zusammen. Dazu zählt von kleinen  
163 Community-Treffen in unseren KVs, Plena der Vorstände bis hin zu Landesparteitagen,  
164 Bildungsangebote und organisierte Fahrten der Umgangston, die Dynamik und  
165 Machtgesten.

166 Es geht dabei um zentrale Fragen: Wer nimmt den Raum ein? Wer hat das erste und das  
167 letzte Wort, wer entscheidet unter welcher Verantwortung, wer hat  
168 Mitbestimmungsrecht, wem wird zugehört und wem wird geglaubt? Wie werden Debatten  
169 geführt und wie werden Konflikte ausgetragen? Unsere zentralen Ziele sind:  
170 Bewusstsein für Mehrfachdiskriminierung schaffen, um unsere Räume sicher zu  
171 gestalten. Wir sind uns bewusst darüber, dass wir keinen Safe-Space einrichten  
172 können, sehr wohl aber einen safer Space für unsere Mitglieder anstreben. Ein  
173 weiteres Ziel ist, unsere Konfliktkultur zu fördern. Wir haben den Anspruch, unsere  
174 politischen Debatten hitzig diskutieren zu können, uns streiten zu können und dabei  
175 die Wertschätzung gegenüber den Perspektiven und Mitgliedern zu verankern. Unsere  
176 Parteikultur hat bereits flache und transparente Strukturen. Um diese Strukturen zu  
177 erhalten, setzen wir auf noch mehr Transparenz innerhalb des Landesverbandes auf  
178 allen Ebenen. Machtgefälle finden sich in allen Gruppendynamiken und dem wollen wir  
179 gezielt entgegensetzen.

180 Bei der Umsetzung setzen wir auf drei Grundpfeiler: unser Selbstverständnis den  
181 Neumitgliedern vermitteln, Parteikultur bei den Aktiven fördern und flächendeckende  
182 Awareness-Strukturen schaffen.

183 Zum einen geht es um klare Zuständigkeiten. Es muss gewährleistet sein, dass jedes  
184 Mitglied Kenntnis darüber hat, an wen sich in bestimmten Situationen gewendet werden  
185 kann. Das schafft direkten Kontakt, fördert Zusammenarbeit und Sicherheit. Von  
186 technischen Problemen, über konkrete Themengebiete bis hin zu Ansprechpersonen in  
187 Krisensituationen. Eine klare Struktur hilft, sich darin zurecht zu finden. Diese  
188 Struktur möchten wir horizontal und hierarchiefrei gestalten. Wir möchten jeder  
189 Person die Möglichkeit bieten, Rollen zu übernehmen, für die sie brennt. Gleichzeitig  
190 setzen wir auf Dezentralisierung der Verantwortung. Wir benennen Gruppen statt  
191 Einzelpersonen für konkrete Aufgaben, damit weder Überforderung noch  
192 Informationszentralisierung eintritt. Hier möchten wir gezielte Bildungsangebote  
193 schaffen, um Mitglieder in entsprechenden Skills und Knowhow zu fördern. Dabei spielt  
194 für uns Transparenz eine zentrale Rolle. Entscheidungen werden offen kommuniziert,  
195 Gespräche geführt und Informationen bereitgestellt. Mitglieder mit Anliegen können  
196 sich mit konkreten Themen einbringen. Uns ist es wichtig, (Neu-)Mitglieder den  
197 Einstieg in die Parteiarbeit zu erleichtern. Dafür werden Planungsabläufe und  
198 Rollenbeschreibungen von uns aufbereitet und zur Verfügung gestellt. Des Weiteren  
199 unterstützt diese neue Transparenz die Offenlegung von Arbeitsaufwand und  
200 Zeitinvestition in konkrete Aufgaben. Damit möchten wir Arbeit sichtbar machen und  
201 wertschätzen. Gleichzeitig können Kapazitäten besser abgeschätzt werden. Ein  
202 zentrales Anliegen ist uns die sorgfältige Einarbeitung in Rollen. Hier ist  
203 entscheidend, dass Wissen und Informationen über die Rollenträger\*innen hinweg  
204 erhalten bleiben. Damit wollen wir Wissenslücken vorbeugen, sowie vermeiden, dass  
205 Machtgefälle durch mehr Wissen über Parteistrukturen und -abläufe entstehen. Eine  
206 schnelle und gezielte Einbindung von Neumitgliedern soll den Spaß und die Motivation  
207 an politischer Neugierde aufrechterhalten. Darüber hinaus geht es um das Gefühl, Teil  
208 einer Community zu werden.

209 Eine solidarische Parteikultur heißt für uns: respektvoller Umgang, gegenseitige  
210 Unterstützung und der Anspruch, Konflikte politisch fair und gemeinsam zu lösen.

211 Das funktioniert aus unserer Sicht nur mit einem großen Bewusstsein gegenüber  
212 Privilegien, strukturelle Benachteiligung, mehrfach Diskriminierung und  
213 unterschiedlichen Sozialisationsprozessen. Wir finden bereits in einigen  
214 Kreisverbänden, sowie auf Landesebene Awareness-Strukturen mit einem  
ausgearbeiteten  
215 Konzept vor. Dennoch klafft hier eine immense Lücke zu Kreisverbänden, die weniger  
216 Kapazitäten durch eher flächenmäßig größere Regionen und wenigen Mitgliedern auf. Mit  
217 diesen Kreisverbänden möchten wir zusammenarbeiten, Schulungen und Konzepte  
anbieten,

218 um Awareness-Strukturen zu ermöglichen. Das Ziel ist, Möglichkeiten im Umgang zu  
219 finden. Darüber hinaus soll es flächendeckend Schulungen geben, die allen Mitgliedern  
220 offenstehen. Insbesondere Funktionsträger\*innen sollen verpflichtende Awareness-  
221 Schulungen erhalten. Das dient der Prävention von Vorfällen. Leider müssen wir  
222 feststellen, dass es sowohl auf Kreisverbandsebene, sowie auf Landesebene immer  
223 wieder zu diskriminierenden Vorfällen kommt, weshalb wir diesen Schritt notwendig  
224 finden. Wir brauchen ebenfalls ein Monitoring, damit Vorfälle dokumentiert,  
225 archiviert und ausgewertet werden können. Nur mit dem Wissen um Vorfälle, können wir  
226 angemessene Maßnahmen ergreifen.

227 Selbstverständlich geht das auch mit einer Selbstverpflichtung des Landesvorstandes  
228 einher, indem wir uns kritisch hinterfragen und diskriminierungssensibel

229 weiterbilden. Gemeinsam begeben wir uns auf den Weg, mit Bildungsarbeit,  
230 Beratungsangeboten und sozialen Rückzugsorten, eine Partei zu schaffen, in der sich  
231 wirklich jedes Mitglied zuhause fühlen und für gemeinsame Interessen eintreten kann!

## 232 **Ausblick Programmprozess und Landtagswahl**

233 Die nächste große Wahl, die wir als Landesverband gemeinsam meistern müssen, ist die  
234 Landtagswahl 2028. Dafür müssen wir gemeinsame Antworten auf die Fragen finden, die  
235 das Erfurter Programm noch nicht ausreichend beantwortet. Dementsprechend beteiligen  
236 wir uns als Landesverband tatkräftig am Programmprozess der Bundespartei und tragen  
237 unser aktualisiertes Programm in den Landtagswahlkampf, auf die Straßen und in die  
238 Betriebe.

239 Das Erfurter Programm ist seit 15 Jahren unser Kompass. Viele der Herausforderungen  
240 haben weiterhin Bestand, die im Programm beschrieben wurden, weitere sind  
241 dazugekommen oder wurden größer. Wir brauchen eine zeitgemäße Antwort auf die  
242 aktuell

243 zugespitzte weltpolitische Lage. Wir müssen uns über zentrale Fragen und Ziele einig  
244 werden: Welche Utopie strebt die Partei an? Wie schaffen wir es, den Kapitalismus zu  
245 überwinden und den gleichzeitigen Übergang in den demokratischen Sozialismus? Was  
246 ist die Aufgabe der Partei Die Linke in Zeiten von zunehmender Faschisierung  
247 innerhalb Deutschlands, aber auch global? Wie steht die Partei zu Militarisierung,  
248 Krieg und Krisen? Wie steht die Linke zur Regierungsbeteiligung und die damit  
249 einhergehende Einbettung in das hegemoniale Weltgefüge? Das neue Grundsatzprogramm  
250 soll Orientierung geben – für die politische Arbeit in Parlamenten, Bewegungen und im  
251 Alltag. Dabei geht es nicht nur um Textarbeit, sondern um Beteiligung, politische  
252 Bildung, lebendige Debatte und kollektives Lernen.

252 Gestärkt durch unsere zahlreichen Neumitglieder und die vielen neuen Mandate, die wir  
253 bei der Kommunalwahl gewinnen konnten, wollen wir erstmals in den bayerischen  
254 Landtag

255 einziehen. Bis zur Landtagswahl sollen unsere Themen in der breiten Bevölkerung fest  
256 verankert werden. Dies erreichen wir bis dahin durch die Ausarbeitung unserer  
257 Schwerpunkte als Kampagne und deren Umsetzung und unseren kommunalpolitischen  
258 Forderungen. Gleichzeitig wollen wir die Zeit nutzen, um mögliche Kandidierende im  
259 Land bekannt zu machen, die uns bei der Landtagswahl repräsentieren möchten. Auch die  
260 bayerische Bevölkerung hat ein Recht auf gutes Leben, gute Bildung und Gerechtigkeit.  
261 Wir als Die Linke können im Landtag dafür eintreten.

261 „Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit,  
262 dass etwas Sinn macht, egal wie es ausgeht“ Václav Havel - wir organisieren die  
263 Hoffnung!

## **Antrag A1: Stationierung von Mittelstreckenwaffen verhindern**

<b>Antragsteller*in:</b>	LAG Frieden und internationale Politik
<b>Status:</b>	zugelassen
<b>Sachgebiet:</b>	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Das Ende des „New START“-Abkommens zwischen USA und Russland über die Begrenzung

von

2 Atomwaffen (Raketen und Sprengköpfe) und die in diesem Jahr beabsichtigte  
3 Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Deutschland (z. B. in Grafenwöhr) bedeuten  
4 eine latente Kriegsgefahr. Die ungebremste Erhöhung der Zahl nuklearer Waffen bedroht  
5 den Weltfrieden. Zu den Mittelstreckenwaffen zählen die Hyperschallraketen „Dark  
6 Eagle“ (Reichweite 2700 – 3000 km), die Standard Missile 6 (1600 km) und die Tomahawk  
7 Marschflugkörper (1700 – 2500 km) \*.

8 Die Fähigkeit, mit Mittelstreckenwaffen von Deutschland aus die Zweitschlagfähigkeit  
9 der Russischen Republik auszuschalten, macht aus Sicht der USA einen Atomkrieg mit  
10 einem Erstschlag gewinnbar, den die USA - im Gegensatz zu Russland - nie  
11 ausgeschlossen hat.

12 Das „atomare Patt“ (strategisches Gleichgewicht) hat bisher vor einem Atomkrieg  
13 abgeschreckt, weil beide Seiten mit der Fähigkeit, den Angreifer (Erstschlag) mit  
14 einem Zweitschlag zu vernichten vor einem Erstschlag abgehalten hat. Wenn Russland  
15 diese Fähigkeit genommen wird (Enthauptung) und es damit die USA von einem Erstschlag  
16 nicht abhalten kann, wird ein eigener Erstschlag für Russland eine Überlebensfrage.  
17 Und damit wird Deutschland zum Ziel eines atomaren Angriffs und letztlich wohl auch  
18 atomar vernichtet. Das von Israel und den USA entwickelte Abwehrsystem Arrow-3-System  
19 zur Bekämpfung ballistischer Raketen, das Deutschland angeschafft hat, wird an der  
20 Kriegsgefahr nichts ändern. Es soll dem Abfangen der neuen russischen Oreschnik-  
21 Hyperschallraketen dienen.

22 Während in den achtziger Jahren die Stationierung von Mittelstreckenraketen (Pershing  
23 II) in Deutschland breit diskutiert wurde und mit einem Verhandlungsangebot an die SU  
24 verbunden war, beruht die geplante Stationierung auf einer bloßen Absprache zwischen  
25 Bundeskanzler Scholz und US-Präsidenten Biden. Es gab weder eine Debatte darüber  
26 noch  
27 eine Entscheidung des Bundestages. Ein Antrag der Linken im Bundestag dazu wurde  
28 nicht weiter behandelt.

28 Auch durch den Kampf der Friedensbewegung wurde mit den INF-Vertrag die  
29 Stationierung  
30 rückgängig gemacht. Die USA beendeten den Vertrag 2019 einseitig.

30 **Wir lehnen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen** in Deutschland ab, ebenso  
31 die Entwicklung eigener europäischer Hyperschallwaffen und Marschflugkörper, an der  
32 Deutschland sich beteiligen will, und die Stationierung russischer  
33 Mittelstreckenwaffen wie die Oreschnik-Raketen, die Europa bedrohen.

34 **Wir fordern Abrüstungsverhandlungen** und die **Unterzeichnung des Atomverbotsvertrages**  
35 durch Deutschland.

36 Zur Umsetzung dieser Forderungen beteiligt sich der Landesverband an der Kampagne  
37 „Friedensfähigkeit statt erstschlagfähig – für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!“  
38 ([www.friedensfaehig.de](http://www.friedensfaehig.de) \*\* in Zusammenarbeit mit dem Aktionsbündnis  
39 atomwaffenfrei.jetzt und vor Ort mit dem Trägerkreis „Keine Mittelstreckenraketen in  
40 Grafenwöhr“.

41 Erläuterungen:

42 \*) aus Broschüre „Keine Mittelstreckenraketen in Grafenwöhr und anderswo!“, DFG-VK  
43 Oberpfalz

44 Hyperschallraketen „Dark Eagle“:

45 „Long Range Hypersonic Weapon“. Reichweite 2700 – 3000 km, Geschwindigkeit bis 21000  
46 km/h, abgefeuert von einer mobilen Abschussrampe. Der Sprengkopf ist im Endanflug  
47 manövrierbar, also schwer abzuschießen. Das System soll 2025 einsatzfähig sein.

48 Voraussichtlicher Stationierungsort ist der Truppenübungsplatz Grafenwöhr in der  
49 Oberpfalz. Die dort stationierte Artilleriebrigade der US-Army kann das System  
50 bedienen. Stückzahl 16- 24 Systeme  
51 Standard Missile 6 (SM 6):  
52 Ebenfalls ein Flugkörper mit ballistischer Flugbahn, Reichweite 1600 km,  
53 Geschwindigkeit größer als Mach 5. Die „Standard Missile“ wurde zur Bekämpfung von  
54 Zielen auf See und zur Abwehr von Flugzeugen und Flugkörpern entwickelt.  
55 Tomahawk Marschflugkörper:  
56 Fliegt parallel zur Erdoberfläche, kann also vom Abwehr- Radar nicht erfasst werden;  
57 kann Umwege fliegen und ist mit 900 km/h eher langsam; Reichweiten 1700 – 2500 km.  
58 Für SM 6 und Tomahawk sind mobile Abschussrampen (Typ „Ty-phoon“) vorgesehen, die  
59 auch per Transportflugzeug kurzfristig nach Osteuropa verlegt werden können.  
60 Stückzahl SM 6 und Tomahawk: 32- 48 Systeme.  
61 Alle genannten Systeme sollen nicht mit Atomsprengköpfen bestückt werden. (Zunächst?)  
62 \*\*) Die Kampagne „**Friedensfähig statt erstschlagfähig: Für ein Europa ohne**  
63 **Mittelstreckenwaffen!**“ ist ein Zusammenschluss von derzeit über 50  
64 zivilgesellschaftlichen Mitgliedsorganisationen und weiteren Partnerorganisationen,  
65 darunter attac, DFG-VK, pax christi, Naturfreunde Deutschland, Friedensmuseum  
66 Nürnberg, IPPNW, ohne Rüstung leben, Friedenskooperative und IMI und finanziert sich  
67 aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Die Kampagne wird vom Aktionsbündnis  
68 **atomwaffenfrei.jetzt** getragen.  
69 Bisher sind geplant eine Fahrradtour 28.3. in Grafenwöhr, Kundgebungen zeitgleich mit  
70 der Wiesbadener Initiative gegen Mittelstreckenraketen am 30.5., Ostermärsche zum  
71 Thema

## Antrag A2: Solidarität mit der Bevölkerung im Iran - für Demokratie und Selbstbestimmung gegen Mullahs und Schah

Antragsteller*in:	LAG Frieden und internationale Politik
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wachsende Verarmung, politische Repression durch das Mullah-Regime und militärische  
2 Angriffe der USA und Israel verschlechtern die Lebensbedingungen der Bevölkerung im  
3 Iran in existenzbedrohendem Ausmaß. Dagegen setzen sich immer mehr Menschen zur  
4 Wehr,  
5 wogegen das Regime mit Terror und Todesstrafen vorgeht. Insbesondere die Bewegung  
6 „Frauen, Leben, Freiheit“ protestiert schon seit 2022 gegen die menschen- und  
7 frauenfeindlich Politik der Mullahs. Die Menschen sehnen sich nach Freiheit,  
8 Menschenwürde und Selbstbestimmung unter Einbeziehung aller Ethnien und nicht nach  
9 neuen Herrschern, wie den Sohn des Schahs. Von außen (besonders von der USA und  
10 Israel) wird Einfluss genommen auf die Freiheitsbewegung vor allem bei den  
11 Exiliranern.  
Wir fordern:

- 12 • Die Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen des Mullah-Regimes.
- 13 • Deutschland solle die demokratischen Bestrebungen der Zivilgesellschaft in Iran
- 14 und ihr Recht auf Selbstbestimmung stärken und die humanitäre Hilfe im Iran
- 15 deutlich ausbauen.
- 16 • Unterstützung für Einsatz für Demokratie und Selbstbestimmung gegen Mullahs und
- 17 Schah.
- 18 • Konsequente Sanktionierung der iranischen Revolutionsgarden und Einzelpersonen
- 19 des Regimes ohne die zivile Bevölkerung zu treffen, insbesondere nicht die
- 20 Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten, Energie und medizinischer
- 21 Ausrüstung.
- 22 • Verzicht auf Abschiebungen aus Deutschland in den Iran, Hinwirken auf die
- 23 Freilassung politischer Gefangener im Iran sowie auf Ausreise- und
- 24 Schutzprogramme für iranische Oppositionelle.
- 25 • Die iranische Regierung sollte aufgefordert werden, Auskunft über verhaftete
- 26 Demonstrierende, inhaftierte Ärztinnen und Ärzte sowie über das Schicksal
- 27 verletzter Personen zu geben.
- 28 • Ablehnung aller Angriffe der USA und Israel auf den Iran, da sie den Druck auf
- 29 die Opposition nur verschärfen, Leben gefährden und einzig dem Einfluss
- 30 imperialistischer Interessen dienen.
- 31 • Außerdem solle die Bundesregierung die Lieferung deutscher Waffen- und
- 32 Rüstungsexporte in Länder des Nahen und Mittleren Ostens einstellen.

## Antrag A3: Freier sind keine Genossen! - Für ein Sexkaufverbot für Mitglieder nach spanischem Vorbild

<b>Antragsteller*in:</b>	Michael Ulbig (linksjugend ['solid'] · Nr. D-45196), und weitere
<b>Status:</b>	zugelassen siehe Hinweise der Antragskommission
<b>Sachgebiet:</b>	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Linke Bayern setzt sich auf dem Bundesparteitag dafür ein, dass folgende
- 2 Positionen auf dem Bundesparteitag eingebracht wird und ruft die Mitglieder der
- 3 Linken Bayern dazu auf sich für diese Position einzusetzen:
- 4 Sexkauf ist mit unserem feministischen und emanzipatorischen Selbstverständnis
- 5 unvereinbar.
- 6 Wir lehnen die Inanspruchnahme von Prostitution entschieden ab, da sie Ausdruck
- 7 patriarchaler Machtverhältnisse, ökonomischer Ungleichheit und struktureller Gewalt
- 8 ist.
- 9 Mitglieder, die wissentlich und willentlich Prostitution in Anspruch nehmen, handeln
- 10 entgegen den Grundwerten der Linken.
- 11 Solches Verhalten kann mit verbandsinternen Maßnahmen bis hin zum Ausschluss
- 12 geahndet werden.

## Begründung

Als feministische und emanzipatorische Partei lehnen wir Sexkauf entschieden ab. Prostitution ist Ausdruck patriarchaler Machtverhältnisse und wirtschaftlicher Ungleichheit. Sie widerspricht unserem Ziel einer Gesellschaft, in der Menschen nicht durch Geld, Geschlecht oder soziale Lage in Abhängigkeitsverhältnisse gezwungen werden.

Wer für Sex Geld bezahlt, trägt zur Aufrechterhaltung dieser Strukturen bei. Ein solcher Umgang mit Sexualität steht im Widerspruch zu den Grundwerten der Linken.

Die spanische sozialistische Partei PSOE hat ihren Mitgliedern den Sexkauf bereits untersagt, um glaubwürdig für Gleichberechtigung und Selbstbestimmung einzutreten. Auch wir sollten als feministische Partei deutlich machen, dass Sexkauf und solidarische, gleichberechtigte Politik unvereinbar sind.

## Hinweise der Antragskommission

Die Antragskommission gibt zu diesem Antrag folgende Hinweise:

### Zuständigkeit des Landesparteitags

Der Landesparteitag ist **nicht zuständig**, Kriterien für Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder festzulegen. Allgemeine Regelungen zu Ordnungsmaßnahmen sind ausschließlich in der **Bundessatzung** zu treffen (§ 10 Abs. 3 PartG).

### Voraussetzungen eines Parteiausschlusses

Das Parteiengesetz legt klare Voraussetzungen fest. § 10 Abs. 2 PartG lautet:

„Ein Mitglied kann nur dann aus der Partei ausgeschlossen werden, wenn es vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnung der Partei verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt.“

Im Kontext eines „Sexkaufverbots für Mitglieder“ käme daher nur in Betracht, dass ein „Sexkauf“ als Verstoß gegen die **Grundsätze der Partei** gewertet wird.

Grundsätze der Partei bezeichnen jene grundlegenden Verhaltensgebote, die aus den inhaltlichen Positionen der Partei folgen und die programmatische Identität einer Partei als Tendenzorganisation prägen (vgl. Lenski, Parteiengesetz, § 10 Rn. 55).

Die Kommentierung führt weiter aus:

„Die Grundsätze der Partei sind somit weder mit dem aktuellen Partei- oder Wahlprogramm noch mit dem auf längere Dauer angelegten Grundsatzprogramm identisch, da auch diese Programme einem Wandel durch Anpassung und Weiterentwicklung unterworfen sind. Vielmehr greift der Begriff der Grundsätze der Partei nur dort, wo es um den Tendenzschutz der Partei jenseits tagespolitischer Bezüge, mithin um die ideologische Grundlage einer Partei geht. Die Partei kann somit auch nicht uneingeschränkt auf dem Beschlusswege, etwa über Unvereinbarkeitsbeschlüsse, ihre Grundsätze beliebig definieren, sondern lediglich bestehende Grundsätze konkretisieren. Andernfalls droht durch die reine Deklaration eines Beschlusses als Grundsatzbeschluss der beliebige Parteiausschluss von Parteimitgliedern, deren Position sich in der Mehrheit nicht durchsetzen konnte.“

(Lenski, Parteiengesetz, § 10 Rn. 57)

## Schlussfolgerung

Aus dieser Rechtslage schließen wir, dass der ein wie im Antrag beantragter Landesparteitagsbeschluss **in einem konkreten Ausschlussverfahren nicht ausreichen würde**, um einen Grundsatzverstoß zu begründen.

Es müsste anderweitig der Grundsatz eines "Sexkaufverbots für Mitglieder" als Grundsatz der Partei hergeleitet werden. Der Verstoß müsste erheblich sein. Auch müsste im konkreten Falle glaubhaft gemacht werden, dass der Partei durch dieses Verhalten ein **schwerer Schaden**

entstanden ist.

Auch die "milderen Mittel" (Ämter Sperre, zeitweiliges Ruhen von Mitgliedsrechten) setzen einen Verstoß gegen die Grundsätze voraus.

### **weitere Antragsteller\*innen**

- Nyx Hösl (KV Regensburg)
- Kubilay Başarıcı (Linksjugend)
- Samuel Scherl (Linksjugend)
- Selina Pfister (Linksjugend)
- Anna Siebenhaar (Linksjugend)
- Zasha Osswald (Linksjugend)
- Nele Vacariu (Linksjugend)
- Willy Knebel (Linksjugend)
- Esther Ehrenpreis (Linksjugend)
- Nel Flach (Linksjugend)
- Simon Zeitler (Linksjugend)
- Johanna Distel (Linksjugend)
- Elias Zimmermann (Linksjugend)

## **Antrag A4: Freie Open-Source-Software in öffentlicher Verwaltung**

<b>Antragsteller*in:</b>	LAG Netzpolitik
<b>Status:</b>	zugelassen
<b>Sachgebiet:</b>	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Linke setzt sich dafür ein, dass bei kommunalen Verwaltungsaufgaben in Bayern
- 2 bevorzugt freie Open-Source-Softwareprodukte eingesetzt und entwickelt werden.
- 3 Weiterhin setzt sich Die Linke dafür ein, dass erhobene Daten nur innerhalb der EU
- 4 gespeichert und verarbeitet werden.
- 5 Mandatsträger:innen werden beauftragt, sich aktiv für die Verwendung solcher Software
- 6 sowie die Speicherung und Verarbeitung von Daten innerhalb der EU einzusetzen.

### **Begründung**

Dieser Antrag versteht unter freier Open-Source-Software die Freiheit, den Programmcode zu untersuchen und anzupassen, Kopien weiterzugeben sowie verbesserte Versionen zu veröffentlichen und gemeinschaftlich weiterzuentwickeln.

Die bayerischen Verwaltungsaufgaben werden derzeit in großem Umfang mithilfe von Softwareprodukten von Microsoft erfüllt. Jahrzehntlang wurden bayerische Behörden durch den US-Softwarekonzern beliefert.

Dies ist in mehrfacher Hinsicht problematisch:

1. Fehlende Zugriffssicherheit ausländischer Akteure auf sensibelste Daten  
Behörden sammeln und verarbeiten sensibelste personenbezogene Daten, seien es

finanzielle Informationen bei den Finanzämtern, gesundheitsbezogene Daten bei Versorgungsämtern und weiteren Sozialbehörden oder Daten über jedweden Lebensbereich bei Strafverfolgungsbehörden.

Selbst wenn diese Daten mithilfe von Produkten aus den USA auf europäischen Servern liegen, so ist dennoch nicht ausgeschlossen, dass US-Behörden auf diese Daten zugreifen können: Mithilfe des Clarifying Lawful Overseas Use of Data Act (CLOUD Act) oder des Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA) ist ein weitgreifender Zugriff auf ebendiese besonders vulnerablen Daten möglich [1].

## 2. Abhängigkeit zu US-Unternehmen

Mit einer gewachsenen IT-Infrastruktur eines US-Unternehmens hat sich die bayerische Staatsregierung abhängig gemacht, und die Gefahr der Einflussnahme durch die US-Regierung geschaffen. Besonders mit Hinblick auf die Unberechenbarkeit des derzeitigen US-Präsidenten bestehen hier unkalkulierbare Risiken in Bezug auf die generelle Verfügbarkeit der Software.

Dies ist keine theoretische Gefahr, sondern es finden sich bereits Beispiele einer solchen Einflussnahme: Sanktionen der US-Regierung führten bereits dazu, dass die Abhängigkeit der von Microsoft eingekauften IT-Infrastruktur den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) bei Ausübung seiner Arbeit erheblich einschränkt [2]. Die Sanktionen können sich dabei auch weitreichend auf das Privatleben von Amtsträger:innen auswirken [3].

## 3. Immense Kosten für Software und Einfluss von Konzernen auf die Regierung

Söders Regierung plante unlängst, ca. 1.000.000.000 € innerhalb der nächsten Jahre für weitere Lizenzverträge mit Microsoft auszugeben – ohne dass es dazu eine öffentliche Ausschreibung gegeben hätte [4]. Klängelei zwischen CSU-Vertreter:innen und Unternehmen führt hier einerseits zu – verglichen mit den Alternativen – hohen Kosten für die Steuerzahlenden. Andererseits ist zusätzlich zu befürchten, dass US-Konzerne (beispielsweise durch ihre Standortwahl) Einfluss auf deutsche Regierende ausüben. Diese Beeinflussung von Oligarch:innen auf politische Entscheidungsträger:innen haben wir auf der 2. Sitzung des 15. Landesparteitages in Ingolstadt im dortigen Leiteintrag bereits zentral festgestellt; Söder bildet hier ein weiteres Beispiel.

Die Gefahren, die durch die Software-Entscheidungen der bayerischen Regierung schon entstanden sind und weiter gefestigt werden, sind aus unserer Sicht nicht tragbar.

Quelloffene Software und Datenspeicherung und -verarbeitung innerhalb der EU können diese Gefahren reduzieren:

1. Die Speicherung von Daten auf EU-Servern unter Verwendung quelloffener Software verhindert die Anwendung des CLOUD Acts oder FISA.
2. Quelloffene Software vermindert die Abhängigkeit zu Software-Unternehmen. Bestehende Projekte können, da der Code zugänglich ist, deutlich einfacher von anderen Unternehmen weiterentwickelt werden. Erweiterungen bestehender Software können damit besser von regionalen Unternehmen vorgenommen werden und es stehen prinzipiell mehr Unternehmen für Ausschreibungen zur Verfügung. Ein „Verlust“ von Funktionalität aufgrund von Sanktionen wäre ausgeschlossen, sofern die quelloffene Software über eine übliche Lizenzierung verfügt.
3. Schon verfügbare Open-Source-Standardsoftware kann mit äußerst geringen Kosten eingesetzt werden. Neuentwicklungen führen auch bei Open-Source-Projekten zwar zunächst zu einem Kostenaufwand vergleichbar mit proprietären Lösungen. Dieser kann aber gesamtgesellschaftlich dadurch kompensiert werden, dass die entwickelte Software dann für andere Behörden und Gebietskörperschaften – und je nach Anwendungsfall der allgemeinen Bevölkerung – ohne weitere Kosten einer Neubeschaffung nutzbar ist. Durch Steuergelder werden hier also nicht ausschließlich Unternehmen bezahlt, sondern das Ergebnis einer Entwicklung der Bevölkerung auch zurückgeführt.

Wir erkennen zwar an, dass eine gewachsene IT-Landschaft nicht schnell und reibungslos aus einer von der CSU gewollten Abhängigkeit gelöst werden kann. Wir erkennen auch an, dass es im Einzelfall für Spezialsoftware mit begrenztem außerbehördlichem Nutzen nicht immer sinnvoll möglich ist, ausschließlich quelloffene Softwarelösungen zu nutzen. Hier sehen wir Kompromisse, indem proprietäre Teilprojekte für Spezialanwendungen auf einem grundsätzlich quelloffenen Gesamtprojekt aufbauen können.

Wir sehen aber auch erfolgreiche umfassende Ansätze, die die Möglichkeit des Einsatzes quelloffener Software in öffentlicher Verwaltung zeigen:

openDesk [5] ist eine deutsche Softwareentwicklung im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren, die typische Office-Aufgaben im Kontext der öffentlichen Verwaltung löst. Der IStGH setzt nach der Abkehr von Microsoft genau diese Software ein, was ein Beispiel der Wiederverwendung einer deutschen Investition im internationalen Kontext ist, die durch Open-Source-Software erst ermöglicht wurde.

LaSuite [6] ist eine vergleichbare Entwicklung, die von der französischen Regierung beauftragt wurde.

Der EU Open Source Solutions Catalogue [7] sammelt weitere, auch kleine, quelloffene Softwarelösungen, die innerhalb der EU-Mitgliedsländer entwickelt wurden.

LiMux [8] war ein Projekt, die Stadtverwaltung Münchens mit quelloffener Software auszustatten. Es konnten Kosteneinsparungen von 25 % erzielt werden und die Softwarelösungen haben sich im behördlichen Alltag durchsetzen können. Erst Dieter Reiters Affinität zu Microsoft sowie der Umzug der Microsoft-Zentrale nach München (mit entsprechenden gewerbesteuerlichen Einflüssen auf die Stadt) ließ das Projekt dann „scheitern“.

Kürzlich hat das Land Schleswig-Holstein mit der Umstellung auf Open-Source-Lösungen gezeigt, dass eine Umstellung auf Landesebene möglich ist und Einsparungen bringen kann [9]. Umfangreich berichtet die Linux-Studie [10] über die Vorgehensweise und Herausforderungen einer solchen landesweiten IT-Umstellung.

#### Quellen

[1]: Rechtsgutachten zur US-Rechtslage zum weltweiten Datenzugriff durch US-Behörden bei Nutzung von Cloud-Diensten der Universität zu Köln.

[https://fragdenstaat.de/dokumente/273689-rechtsgutachten-zur-us-rechtslage\\_geschwaerzt/](https://fragdenstaat.de/dokumente/273689-rechtsgutachten-zur-us-rechtslage_geschwaerzt/)

[2]: <https://stiftungdatenschutz.org/veroeffentlichungen/datenschutz-im-fokus/datenschutz-im-fokus-detailansicht/internationaler-straengerichtshof-istgh-wechselt-wegen-us-sanktionen-von-microsoft-zu-opendesk-648>

[3]: <https://taz.de/US-Sanktionen-gegen-franzoesischen-Richter-keine-Kreditkarte-kein-Amazon-kein-PayPal/!6156777/>

[4]: <https://www.merkur.de/wirtschaft/waehrend-den-haag-aussteigt-bayern-schliesst-milliarden-deal-mit-microsoft-zr-94028610.html>

[5]: <https://www.opendesk.eu/de>

[6]: <https://lasuite.numerique.gouv.fr/>

[7]: <https://interoperable-europe.ec.europa.eu/eu-oss-catalogue>

[8]: <https://de.wikipedia.org/wiki/LiMux>

[9]: <https://netzpolitik.org/2026/bayerischer-landtag-streit-um-microsoft-eskaliert/>

[10]: [https://schleswig-holstein.de/mm/downloads/LinuxArbeitsplatz/ZIT\\_LINUX\\_Studie\\_2022\\_WEB\\_barrierefrei.pdf](https://schleswig-holstein.de/mm/downloads/LinuxArbeitsplatz/ZIT_LINUX_Studie_2022_WEB_barrierefrei.pdf)

## Antrag A5: Ablehnung von Pflichtdiensten

Antragsteller*in:	Simon Zeitler (linksjugend ['solid'] · Nr. D-45199)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Linke Bayern lehnt Pflichtdienste jedweder Form kategorisch ab. Sie positioniert
- 2 sich klar gegen die Darstellung junger Menschen als staatliche Ressourcen und deren
- 3 zwangsweisen Einsatz als solche.
- 4 Der Landesverband verpflichtet sich dazu, diese Haltung nach innen wie nach außen
- 5 unmissverständlich zu kommunizieren.

### Begründung

Pflichtdienste jedweder Art normalisieren ein gesamtgesellschaftliches Verständnis, in welchem Menschen als staatliche Ressourcen wahrgenommen und für nationalstaatliche Interessen auch gegen ihren Willen eingesetzt werden können. Dies führt nicht nur zu einer Diskursverschiebung, in welchem nationale und machtpolitische Interessen über das Wohl und die Selbstbestimmung des Individuums gestellt werden, sondern auch zu einer schrittweisen Legitimation der gewaltsamen Durchsetzung dieser Interessen nach innen und außen. Die Konsequenzen derartiger ideologischer Verankerungen können sich zuhauf aus der Geschichte der (Post-)Moderne ablesen lassen und beinhalten auch Zwangsarbeit, Diskriminierung, Segregation und Krieg.

Des Weiteren dienen zivile Pflichtdienste als kurzfristige Symptombehandlung gesellschaftspolitischer Defizite, welche diese jedoch keinesfalls aufarbeiten können – im Gegenteil: Während Unterfinanzierung, Profitorientierung und der Mangel an kompetenten Fachkräften beispielsweise das Gesundheitssystem gänzlich zersetzen, untergräbt der Einsatz von unqualifizierten und kostengünstigen Zwangsdienstleistenden Tarifverhandlungen, verschiebt Investitionsanreize künstlich nach hinten und blockiert damit dringend notwendige systemische Veränderungen.

So stellen Pflichtdienste nicht nur eine gefährliche Diskursverschiebung, sondern auch eine mittel-langfristig volkswirtschaftlich untaugliche Maßnahme dar. Für eine linke Partei, die sich der Selbstbestimmung, der Emanzipation, der Arbeiter\*innen-Bewegung, der Gleichheit und dem Frieden verpflichtet fühlt, sind derartige Positionen absolut untragbar.

## Antrag O1: § 3 Mandatsträger\*innenbeiträge

Antragsteller*in:	Max Raimond Tetzner (KV Bayreuth · Nr. E-08030)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Anträge zu den Ordnungen des Landesverbands

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **§ 3 und 3a der Landesfinanzordnung wird wie folgt geändert:**
- 2 **Ursprüngliche Fassung:**
- 3 § 3 Mandatsträgerbeiträge
- 4 (1) Mandatsträgerbeiträge, die die Mitglieder von Parlamenten und

5 Kommunalvertretungen neben ihren Mitgliedsbeiträgen an die jeweilige Gliederung  
6 leisten, werden gemäß §4 Bundesfinanzordnung erhoben.

7 (1.a) Falls keine Vereinbarung über die Mandatsträgerbeiträge besteht, gelten 17,5  
8 Prozent der Aufwandsentschädigung, Aufsichtsratsvergütungen und Diäten als  
9 satzungsgemäßer Mandatsträgerbeitrag. Teil der Mandatsträgerpflicht ist die  
10 Entrichtung des satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrags.

11 (2) Mitglieder der bayerischen Bezirkstage mit dem Mandat der Partei DIE LINKE sowie  
12 Parteimitglieder, die öffentliche Wahlämter auf Bezirksebene innehaben bzw. die in  
13 Wahrnehmung öffentlicher Wahlämter und Mandate als Mitglieder von Aufsichts-,  
14 Verwaltungs- und Beiräten Bezüge oder Aufwandsentschädigungen erhalten, leisten an  
15 den Landesverband neben ihren satzungsgemäßen Mitgliedsbeiträgen regelmäßig  
16 Sonderbeiträge in Form von Mandatsträgerbeiträgen, solange keine Bezirksverbände der  
17 Partei im Landesverband bestehen.

18 (2.a) Die Kreisverbände vereinbaren in den Mandatsträgervereinbarungen für  
19 Mandatsträger\*innen aus den Kommunalwahlen (§35 Landessatzung) einen  
20 Mandatsträgerbeitrag von mindestens 15 Prozent der brutto Aufwandsentschädigung.  
21 Individuelle, abweichende Regelungen, z.B. in Härtefällen, können zwischen  
22 Kreisvorstand und der Mandatsträgerin oder dem Mandatsträger auch während der  
23 Amtszeit vereinbart werden.

24 (3) Mandatsträger auf Bundes- und Landesebene haben eine besondere Verantwortung  
für  
25 en Aufbau der Partei und verpflichten sich, 4 Prozent ihrer Diäten, Funktionszulagen  
26 und Einkommen aus Aufsichtsrats- und Beirats- und Verwaltungstätigkeiten an den  
27 Landesverband zu entrichten und diese den jährlichen Erhöhungen der  
28 Abgeordnetenentschädigungen unmittelbar anzupassen.

29

30 § 3a Abgabe und Aufbewahrung von Mandatsträgervereinbarungen

31 (1) Vereinbarungen über den Mandatsträgerbeitrag (Mandatsträgervereinbarungen)  
müssen

32 für aussichtsreiche Kandidierende vor der entsprechenden (öffentlichen) Wahl  
33 abgeschlossen werden. Verantwortlich dafür sind die Gliederung, die die  
34 Aufstellungsversammlung durchführt, und der Landesvorstand. Die Wirksamkeit von  
35 später abgeschlossenen Vereinbarungen bleibt von Satz 1 unberührt. Die  
36 Vereinbarungsparteien bleiben die/der Mandatsträger\*in und der Vorstand der  
37 Gliederung der Partei, welche für die Erhebung der Mandatsträgerbeiträge berechtigt  
38 ist. Diese Gliederung legt auch den Inhalt der Vereinbarung fest.

39 (2) Vor den allgemeinen Kommunalwahlen erstellt der Landesvorstand im Einvernehmen  
40 mit dem Landesfinanzrat eine Mustervereinbarung für die Kreisverbände und gibt diese  
41 bekannt.

42 (3) Alle Mandatsträgervereinbarungen i.S.v. Abs. 1 müssen spätestens drei Wochen nach  
43 der Aufstellungsversammlung, und in jedem Fall vor der Einreichung des  
44 Wahlvorschlags, im Original bei der Landesgeschäftsstelle eingereicht werden. Der  
45 Landesvorstand hat die Mandatsträgervereinbarungen von Mandatsträgern bis zehn Jahre  
46 nach dem Ende der Amtszeit aufzubewahren. Alle weiteren bis zum Ende der Amtszeit.

47 (4) Aussichtsreiche Kandidierende im Sinne von Absatz 1 sind:

48 a) Alle Direktkandidierenden, sowie Kandidierende für Ämter wie Bürgermeister\*in und  
49 Landrät\*in.

50 b) Bei Vorschlagslisten die doppelte Anzahl der ersten Listenplätze, die bei der  
51 letzten Wahl Mandate erhalten haben, mindestens jedoch die ersten drei Listenplätze.

52

53 **Geänderte Fassung:**

54 **§ 3 Mandatsträger\*innenbeiträge**

55 (1) Mandatsträger\*innenbeiträge, die Mitglieder von Parlamenten und  
56 Kommunalvertretungen sowie Wahlbeamt\*innen neben ihren Mitgliedsbeiträgen an die  
57 jeweilige Gliederung leisten, werden gemäß § 4 Bundesfinanzordnung erhoben.

58

59 (2) Falls keine Vereinbarung über die Zahlung von Mandatsträger\*innenbeiträgen  
60 besteht, gelten 17,5 Prozent der Brutto-Entschädigungen, insbesondere der:

61 1. allgemeinen und speziellen Aufwandsentschädigungen,

62 2. Sitzungsgelder der Vertretungskörperschaften sowie deren Ausschüsse,

63 3. Aufwandsentschädigungen und Zuschläge für Fraktionstätigkeiten,

64 4. Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder für Aufsichtsgremien

65 als satzungsgemäßer Mandatsträger\*innenbeitrag. Teil der Mandatsträger\*innenpflicht  
66 ist die Entrichtung des satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrags.

67 (2.a) Die Kreisverbände vereinbaren in den Mandatsträger\*innenvereinbarungen für  
68 Mandatsträger\*innen aus den Kommunalwahlen (§ 35 Landessatzung) einen  
69 Mandatsträger\*innenbeitrag von mindestens 15 Prozent der in Absatz 2 benannten  
70 Brutto-Entschädigungen. Individuelle, abweichende Regelungen, z.B. in Härtefällen,  
71 können zwischen Kreisvorstand und der Mandatsträger\*in auch während der Amtszeit  
72 vereinbart werden.

73 (2.b) Der Bezirksverband vereinbart in den Mandatsträger\*innenvereinbarungen für  
74 Mandatsträger\*innen der Bezirkswahlen (§34 Landessatzung) einen  
75 Mandatsträger\*innenbeitrag von mindestens 15,0 Prozent der in Absatz 2 benannten  
76 Brutto-Entschädigungen. Individuelle, abweichende Regelungen, z.B. in Härtefällen,  
77 können zwischen Bezirksvorstand und der Mandatsträger\*in auch während der Amtszeit  
78 vereinbart werden. Der Landesverband vereinbart die  
79 Mandatsträger\*innenvereinbarungen  
80 für Mandatsträger\*innen der Bezirkswahlen, solange kein Bezirksverband besteht.

81 (3) Mandatsträger\*innen auf Europa-, Bundes- und Landesebene haben eine besondere  
82 Verantwortung für den Aufbau der Partei.

83 (3.a) Der Landesverband vereinbart in den Mandatsträger\*innenvereinbarungen für  
84 Mandatsträger\*innen der Landtagswahlen (§34 Landessatzung) einen  
85 Mandatsträger\*innenbeitrag von mindestens 17,7 Prozent der in Absatz 2 benannten  
86 Brutto-Entschädigungen.

87 (3.b) Der Landesverband vereinbart in den Mandatsträger\*innenvereinbarungen für  
88 Mandatsträger\*innen der Bundestagswahlen (§33 Landessatzung) und  
89 Europaparlamentwahlen einen Mandatsträger\*innenbeitrag von mindestens 2,7 Prozent  
90 der  
91 in Absatz 2 benannten Brutto-Entschädigungen.

91 (4) Abgabe und Aufbewahrung von Mandatsträger\*innenvereinbarungen

92 1. Vereinbarungen über den Mandatsträger\*innenbeitrag

93 (Mandatsträger\*innenvereinbarungen) müssen für aussichtsreiche Kandidierende vor der  
94 entsprechenden (öffentlichen) Wahl abgeschlossen werden. Verantwortlich dafür ist die  
95 Gliederung, die die Aufstellungsversammlung durchführt, und der Landesvorstand. Die  
96 Wirksamkeit von später abgeschlossenen Vereinbarungen bleibt von Satz 1 unberührt.

- 97 Die Vereinbarungsparteien bleiben die Mandatsträger\*in und der Vorstand der  
98 Gliederung der Partei, welche für die Erhebung der Mandatsträger\*innenbeiträge  
99 berechtigt ist. Diese Gliederung legt auch den Inhalt der Vereinbarung fest.
- 100 2. Vor den allgemeinen Kommunalwahlen erstellt der Landesvorstand im Einvernehmen  
mit  
101 dem Landesfinanzrat eine Mustervereinbarung für die Kreisverbände und gibt diese  
102 bekannt.
- 103 3. Alle Mandatsträger\*innenvereinbarungen i.S.v. Nummer 1 müssen spätestens drei  
104 Wochen nach der Aufstellungsversammlung, und in jedem Fall vor der Einreichung des  
105 Wahlvorschlags, im Original bei der Landesgeschäftsstelle eingereicht werden. Der  
106 Landesvorstand hat die Mandatsträger\*innenvereinbarungen von Mandatsträger\*innen  
bis  
107 zehn Jahre nach dem Ende der Amtszeit aufzubewahren. Alle weiteren bis zum Ende der  
108 Amtszeit.
- 109 4. Aussichtsreiche Kandidierende im Sinne von Nummer 1 sind:
- 110 a) Alle Direktkandidierenden, sowie Kandidierende für Ämter wie Bürgermeister\*in und  
111 Landrät\*in.
- 112 b) Bei Vorschlagslisten die doppelte Anzahl der ersten Listenplätze, die bei der  
113 letzten Wahl Mandate erhalten haben, mindestens jedoch die ersten drei Listenplätze.

## Antrag S1: § 18 Abs. 6 Landessatzung

Antragsteller*in:	Alexander Bayas (linksjugend [!solid] · Nr. D-45183), und weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Satzungsändernde Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Änderung von Satzung Landesverband Bayern der Partei Die Linke, § 18 Einberufung und  
2 Arbeitsweise des Landesparteitages, (6):
- 3 "Anträge, welche durch die satzungsgemäßen Organen von Kreis-, Bezirks- oder  
4 Ortsverbänden, landesweiten Zusammenschlüssen, Organen der Landespartei,  
Kommissionen  
5 des Landesparteitages oder mindestens von 10 Delegierten gestellt werden, sind durch  
6 den Parteitag zu behandeln oder an den Landesvorstand zu überweisen."
- 7 Soll ergänzt werden zu:
- 8 "Anträge, welche durch die satzungsgemäßen Organen von Kreis-, Bezirks- oder  
9 Ortsverbänden, landesweiten Zusammenschlüssen, **die satzungsgemäßen Landesorgane**  
**des**  
10 **anerkannten Jugendverbands**, Organen der Landespartei, Kommissionen des  
11 Landesparteitages oder mindestens von 10 Delegierten gestellt werden, sind durch den  
12 Parteitag zu behandeln oder an den Landesvorstand zu überweisen."

### Begründung

In §11(7) und §27(1) der Landessatzung steht bereits, dass der Jugendverband Anträge stellen

dürfe - in §18 "Einberufung und Arbeitsweise des Landesparteitages" jedoch nicht. Vor allem in Anbetracht des großen Mitglieder- und Aktivitätswachstums der Linksjugend sollte das selbstverständlich angepasst werden.

#### **weitere Antragsteller\*innen**

- Esther Ehrenpreis (Linksjugend)
- Michail Alexiou (Landesvorstand)
- Willy Knebel (Linksjugend)
- Kubilay Basarici (Linksjugend)
- Lukas Eitel (KV Erlangen)
- Skye Aish (Linksjugend)
- Jakob Flamm (KV Amper)
- Yulia Nikishina (KV Amper)
- Zasha Osswald (Linksjugend)
- Elena Kroth (Linksjugend)